

Liebe Freundinnen und Freunde  
des Umweltinstituts München,

während die Aufarbeitung der von den internationalen Finanzheuschrecken verursachten globalen Finanzkrise die Menschen in Atem hält, erkennt die CSU die internationalen Genheuschrecken, und der bayerische Umweltminister mutiert im Wahlkampf zum bayerischen Kammerjäger.

Eigentlich der ideale Zeitpunkt, um europaweit der Gentechnik in der Landwirtschaft Einhalt zu gebieten und unsere Lebensmittel nachhaltig vor Genmanipulationen zu schützen. Da ist es sicher nicht hilfreich, wenn kaum eine Woche nach dem Genmaisverbot Freisetzen von genmanipulierten Kartoffeln genehmigt werden.

Dass wir Erfolge verteidigen müssen, sehen wir auch am „Atom-Boom“, der herbeigeredet werden soll. Die längst widerlegte und überwunden geglaubte Propaganda der Atomlobby findet im Superwahljahr wieder Eingang in die Medien, und was noch schlimmer ist: in die Politik von CDU/CSU und FDP. Mit Ihrer Unterstützung, für die wir uns ganz herzlich bedanken, werden wir dem ökologischen Wahnsinn entgegen treten. Wir wünschen Ihnen viel Spaß mit dem neuen Infobrief.

Christina Hacker  
und Harald Nestler



Gen-Mais → Landwirtschaftsministerin verbietet MON810

## Aigner macht auf Feldbefreierin

Landwirtschaftsministerin Aigner hat kurz nach Ostern den Anbau von Monsanto's Gen-Mais MON810 verboten. Sie folgt mit diesem Schritt Frankreich, Österreich, Ungarn, Griechenland und Luxemburg, die MON810 ebenfalls aufgrund ökologischer Risiken von den Äckern verbannt haben. Da MON810 die einzige Gen-Pflanze ist, die in Europa für den Anbau zugelassen ist, ist Deutschland damit frei vom kommerziellen Anbau genmanipulierter Pflanzen. Unser seit zwanzig Jahren andauernder Widerstand gegen die Agro-Gentechnik, der inzwischen von einer großen Mehrheit in der Gesellschaft unterstützt wird, trägt Früchte. Und noch einen zusätzlichen Erfolg hat

die Kehrtwendung Deutschlands bewirkt: Die EU-Kommission hat resigniert und will aufgrund der sich häufenden Kritik die EU-Mitgliedsstaaten nicht länger dazu zwingen, Anbauverbote für Gen-Pflanzen aufzuheben.

Doch ist damit der Kampf gegen die Gentechnik schon gewonnen? Leider nein. Denn schon kurz nach dem Gen-  
(Fortsetzung → Seite 4)





Muss weg: die umstrittene Antenne in Gröbenzell

**A**cht Jahre lang trotzte die betriebsbereite Mobilfunkanlage auf einem Hausdach im Norden Gröbenzells unliebsamen Nachbarn, der Gemeindeverwaltung, Wind und Wetter. Nun muss sie abgebaut werden, wie der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) am 30. März 2009 urteilte. Das am westlichen Stadtrand Münchens gelegene Wohngebiet kann auch von einem Funkmast versorgt werden, der sich im benachbarten Olching an einem Bahndamm befindet. Das ist das Ergebnis einer äußerst detailliert geführten juristischen Auseinandersetzung, in deren

Gröbenzell → Antenne muss runter

## Umweltinstitut überzeugt Verwaltungsgerichtshof

Verlauf der Mobilfunkanbieter Vodafone sich vehement gegen die Untersuchungsergebnisse des Umweltinstituts München gestemmt hatte – ohne Erfolg.

Acht Jahre lang tobte der Rechtsstreit um den Funkmast, denn der Bebauungsplan schließt Mobilfunkantennen aus. Weil die Gemeinde Gröbenzell keine Ausnahmegenehmigung erteilen wollte, hatte Vodafone geklagt, das Umweltinstitut war im Verfahren vor dem VGH als Gutachter für die Gemeinde aufgetreten. „Aufgrund der Stellungnahmen des Umweltinstituts München e.V. [...] sowie aufgrund der Erörterung des Für und Wider der beiden Standorte [...] steht zur Überzeugung des Senats fest, dass eine Mitbenutzung des Mastes in Olching auch in funktechnischer Hinsicht [...] nicht nur keine Nachteile aufweist, sondern Vorteile bietet“, so das Gericht in der 23 Seiten umfassenden Urteilsbegründung (Az. 1 B 05.616). Die erhobenen Einwände des Mobilfunkbetreibers seien durch die Stellungnahme des Umweltinstituts ausgeräumt. Der Vertreter des Umweltinstituts, Hans Ulrich-Raithel, habe „überzeugend dargelegt“, dass sich die Antennen auf dem Mast am Bahndamm „gut in das Funknetz einfügen würden“.

Kernpunkt des Erfolgs, so Anwalt Frank Sommer, der die Gemeinde Gröbenzell vertrat, sei die Vorlage einer belastbaren Alternative, was im ersten Verfahren, welches die Gemeinde verloren hatte, ausgeblieben war. Verhinderungsplanung habe keine Aussicht auf Erfolg – vielmehr müsse durch ein technisches Gutachten gezeigt werden, dass eine Mobilfunk-Versorgung in guter Qualität und mit ausreichenden Kapazitätsreserven gewährleistet sei. Im vorliegenden Falle sei es gelungen, den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof davon zu überzeugen, dass diese Versorgung auch von dem von der Gemeinde favorisierten Standort aus möglich ist.

HU

Breitbandinitiative Bayern → Flop?

## Funk-DSL kommt nicht an

In Bayern sind beim Aufbau schneller Internet-Verbindungen bislang gerade mal 20 Gemeinden gefördert worden. Nach einer Mitteilung des Bayerischen Gemeindetags vom Februar wird das Förderprogramm kaum angenommen, da meist nur Funklösungen finanziert werden können. Weil aber kaum jemand Funk-DSL will, liegen über 80 Prozent der bereitstehenden Gelder brach. Sinn macht der Vorschlag des Gemeindetags, auch die Verlegung von Leerrohren zu fördern, die die Gemeinden an die Anbieter von kabelgestützten Breitbandlösungen vermieten könnten. Zusätzliche Funkdienste und damit zusätzlicher Elektrosmog könnten im ländlichen Raum so vermieden werden. HU

Neue Funkmasten → Dialog

## Kempton auf neuen Wegen

Neue Mobilfunk-Standorte wurden in Kempten bis vor kurzem noch unabgestimmt errichtet – was einige ausgesprochen unbeliebte Stationen mit unnötig kräftiger Bestrahlung der benachbarten Bevölkerung zur Folge hatte. Wie der Stadtrat im November 2008 nach dreistündiger Debatte beschloss, sollen neue Standorte nun im Dialog errichtet werden. Die Stadt nehme sich mit Entscheidungen zu strahlenminimierten Standorten in die Pflicht, auch von den Betreibern erfordere dies Kompromissbereitschaft. „Wenn wir so nicht weiterkommen, können wir immer noch die Keule auspacken“, sagte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer. Der unter technischer Beratung des Umweltinstituts München im März 2009 geführte Dialog zum ersten Standort im Stadtteil Lenzfried war von Erfolg gekrönt: Die Strahlenbelastung der Nachbarn reduziert sich gegenüber einem klassischen Dachstandort um 97 Prozent. Hans Ulrich-Raithel

Erneuerbare → gute Prognose

**Sonne & Co. weit vor Atom**

Das „Superwahljahr“ 2009 wird in Deutschland über die Zukunft der Energieversorgung entscheiden: Zur Abstimmung stehen die Energiewende mit Erneuerbaren Energien und geringerem Energieverbrauch oder ein „weiter so“ mit Alt-Energien wie Kohle und Atom.

Dass die Erneuerbaren Energien längst kein Nischendasein mehr fristen, zeigen die aktuellen Zahlen des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE). Danach wurde in Deutschland im vergangenen Jahr fast jede zehnte verbrauchte Kilowattstunde aus Erneuerbaren Energien erzeugt: Der Anteil am Endenergieverbrauch beträgt 9,6 Prozent. Gegenüber der Atomenergie haben sie die Nase weit vorn, sie kommt auf gerade mal 4,5 Prozent.

Das deutsche Atomgesetz regelt den stufenweisen Ausstieg aus der Atomenergie, das Erneuerbare-Energien-Gesetz gibt der Einspeisung von regenerativem Strom den Vorrang. Dankbar greift die Atomlobby daher jede stockende Gaslieferung auf, um eine Verlängerung der Reaktor-Laufzeiten zu fordern, mit der zudem, so das müde Hilfsargument, Zeit für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gewonnen sei. Fakt ist jedoch: Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien konnte bislang Jahr für Jahr der wegfallende Atomstrom überkompensiert werden. Nach der Prognose des BEE werden die Erneuerbaren Energien im Jahr 2020 fast die Hälfte des deutschen Strombedarfs decken. Die Stromversorgung ist jederzeit gesichert, zudem schonen Wind, Sonne & Co. das Klima, und sie sind bezahlbar – im Gegensatz zu dem hochsubventionierten Atomstrom mit seinen unkalkulierbaren Folgekosten. KW



„Forschungsendlager“ → billige Entsorgung

**Klappe zu – Asse tot**

Schacht Asse, angeblich für die nächsten Jahrhunderte sicheres „Forschungsendlager“ für atomare Abfälle, entpuppt sich mehr und mehr als skurrile Müllkippe. Jüngst wurden Fässer mit Arsen und zementierten Tierkadavern aus Bayern gefunden. Von Anfang an ging es im Schacht Asse weniger um „Forschung“, als um billige Entsorgung – insbesondere von Atom Müll. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass mehr als 70 Prozent des radioaktiven Inventars aus Atomkraftwerken der großen Energiekonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall stammen. Im März wurde bekannt, dass die Asse der Energiewirtschaft bis in die 1980er Jahre hinein als Entsorgungsnachweis für radioaktiven Müll gedient hat.

Bis 1975 war die Entsorgung im Schacht Asse kostenlos. Erst danach wurde eine Gebührenordnung festgelegt, die rund 900.000 Euro einbrachte. Eine bescheidene Summe angesichts der Kosten, die für die Stilllegung der Asse mit mehr als 2 Mrd. Euro beziffert werden. Höchste Zeit deshalb für eine Brennstoffsteuer, damit es nicht wieder nur den Steuerzahler trifft.

Christina Hacker

www.umweltinstitut.org/asse

Frankreich → radioaktiver Müll

**Atomkraft à la française** (Fortsetzung von → Seite 1)

Die Grande Nation ist stolz auf ihre 58 Atommeiler. 80 Prozent des französischen Stroms sind nuklearen Ursprungs – und genau diese einseitige Strategie macht Probleme. Weil in Frankreich viele Haushalte mit Strom heizen, ist die Versorgung in kalten Wintern wegen des enormen Bedarfs nicht gesichert. Sind die Sommer heiß, können die Flüsse die Reaktoren nicht mehr kühlen, Strom muss importiert werden.

Ganz locker geht unser Nachbar mit seinem atomaren Müll um. Im Februar dieses Jahres wurde publik, wo die französische Atomindustrie nach dem 2. Weltkrieg die strahlenden Abfälle aus ihren 210 Uranminen und den Uranfabriken zum Nulltarif „entsorgt“ hat. 300.000 Tonnen kontaminierter Dreck wurden als Füllmaterial für Bauarbeiten in halb Frankreich verteilt: in Steinbrüchen, auf Uferböschungen, auf Feldern und in Seen. Nur mit einer dünnen Erdschicht abgedeckt, entstan-

den darüber Spiel- und Sportplätze, Schulen oder Restaurants. Das Trinkwasser der 130.000 Einwohner zählenden Stadt Limoges ist nach Informationen eines französischen Fernsehsenders gefährdet, weil radioaktives Grundwasser in die Flüsse sickert. In der Kleinstadt Saint-Pierre ist nach dem Rückbau einer Uranfabrik ein radioaktiv verseuchter See entstanden. Das „Zentrum für unabhängige Forschung und Information über Radioaktivität“ (CRIIRAD) hat Strahlungswerte gemessen, die bis zum 500-fachen der natürlichen Hintergrundstrahlung gehen – Lungenkrebs Erkrankungen sind in den betroffenen Gegenden weit häufiger als im Rest des Landes. Der Chef der Behörde für Atomsicherheit hat jedoch erklärt: „Bisher haben wir keine Gefahrenzone entdeckt.“ Epidemiologische Studien für die Anwohner hält er für sinnlos.

Atomkraft à la française – nein Danke. Karin Wurzbacher

Cholera-Kartoffeln → Massenprotest

## 70.000 gegen Pharmaknollen

Eine überwältigende Zahl von Verbraucherinnen und Verbraucher hat in den vergangenen Monaten unsere Kampagne „Cholera-Kartoffeln verhindern!“ unterstützt. Rund 70.000 Einwendungen und E-Mails gegen den Anbau von Arzneimittel produzierenden Gen-Kartoffeln wurden an die Genehmigungsbehörde bzw. die zuständige Landwirtschaftsministerin Aigner geschickt. Die Universität Rostock will in den kommenden Jahren verschiedene Linien der Pharma-Pflanzen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern anbauen. Den Kartoffeln wurden unter anderem Teile des Cholera-Bakteriums eingebaut. Sie sollen Impfstoffe produzieren, zum Beispiel gegen eine Kaninchenseuche. Als dieser Infobrief gedruckt wurde, war über den Antrag der Universität noch nicht entschieden.



Ausgerechnet eine vom gentechnikfreundlichen Forschungsministerium in Auftrag gegebene aktuelle Studie legt nahe, dass ein Anbau von Pharma-Pflanzen nicht vom EU-Gentechnikrecht gedeckt ist. Ilse Aigner wäre also gut beraten, diesen offenbar illegalen und hochriskanten Versuch zu stoppen. Denn Gen-Mais verbieten und Cholera-Kartoffeln genehmigen – das wäre ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der Ministerin.

Andreas Bauer

[www.umweltinstitut.org/cholerakartoffel](http://www.umweltinstitut.org/cholerakartoffel)

**Nachhaltigkeit lernen**

Weltdekade der Vereinten Nationen 2005-2014  
**Bildung für nachhaltige Entwicklung**  
UNESCO

Offizielles Projekt der Weltdekade 2009 / 2010

### Ökolandbau erleben → UN-Projekt **Ausgezeichnet**

„Ökolandbau erleben“ – Mehr als 1000 Kinder und Jugendliche konnten wir in den letzten Jahren mit unserem Bildungsprojekt zum Thema Biolandwirtschaft erreichen. Mit Exkursionen auf Öko-Bauernhöfe in der Region wollen wir jungen Menschen die Bedeutung von nachhaltiger Landwirtschaft und gesunder Ernährung näher bringen. Für unser Engagement wurden wir jetzt von den Vereinten Nationen als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Auch in diesem Jahr bieten wir, erneut mit Unterstützung der Stadt München, für Münchner Schulen und Kindergärten Exkursionen auf Bio-Betriebe an.

AB

[www.umweltinstitut.org/bioprojekt](http://www.umweltinstitut.org/bioprojekt)

### Spenden und Beiträge

an das Umweltinstitut München e.V. sind steuerlich absetzbar!

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ 700 205 00  
Konto 88 311 00

Umweltinstitut München e.V.  
Landwehrstr. 64a  
80336 München  
Tel: (089) 30 77 49-0  
Fax: (089) 30 77 49-20  
[info@umweltinstitut.org](mailto:info@umweltinstitut.org)  
[www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

### Aigner macht auf Feldbefreierin

(Fortsetzung von → Seite 1)

Mais-Verbot hat Monsanto Klage gegen die Entscheidung eingereicht. Der Agrarkonzern will uns also weiterhin seine Gentechnikpflanzen aufzwingen. Eine Entscheidung soll im Mai fallen. Zudem gibt es in Deutschland weiterhin eine Vielzahl von Versuchen, bei denen genmanipulierte Pflanzen freigesetzt werden – mit den entsprechenden Risiken für Umwelt, Verbraucher, Bauern und Imker. Und nicht zuletzt will die EU-Kommission die zwei neuen Genmais-Linien Bt11 und 1507 zulassen.

Dennoch rückt mit der ablehnenden Haltung von Ilse Aigner ein historischer Sieg gegen die Gentechnikkonzerne in greifbare Nähe. MON810 steht noch in diesem Jahr zur Wiederzulassung in der EU an. Lehnen die Mitgliedsstaaten mit Unterstützung Deutschlands den Antrag Monsanto ab, wäre auf einen Schlag nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa wieder frei vom kommerziellen Gentechnikanbau.

AB